

Niederschrift

zur 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 01.10.2020 Folgesitzung am 05.10.2020	18:30- Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk 01.10.2020 von 21.24 Uhr TOP 8.7. bis 21.49 Uhr TOP 8.9. abwesend, Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Altmann , Christian Dippe , Thomas Fischer Sitzung am 01.10.2020 entschuldigt, Kai Hamacher , Iris Jatzek , Christina Krüger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch Folgesitzung am 05.10.2020 entschuldigt, Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink Folgesitzung am 05.10.2020 entschuldigt
01.10.2020 ab 19.18 Uhr TOP 6 anwesend, Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann Folgesitzung am 05.10.2020 entschuldigt
01.10.2020 ab 21.21 Uhr TOP 8.6. anwesend, Bernd Saliter ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Franka Koch , Christfried Tschepe ,

Gäste:

Kontaktliste liegt vor

Verwaltung

Melanie Brückner entschuldigt, Stefan Wichary entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

Anwesend sind 29 Stadtverordnete und der Bürgermeister. Ab TOP 6 sind es 30 Stadtverordnete und ab 8.6 sind 31 Stadtverordnete, von TOP 8.7 bis 8.9 sind 30 Stadtverordnete anwesend.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert über die Anmeldung von zwei persönlichen Erklärungen. Diese sind vor Eintritt in die Tagesordnung zu halten. Es handelt sich einmal um den Vorsitzenden, Uwe Koch, selbst. Die Versammlungsleitung übernimmt die Stellvertreterin, Frau Fiedler.

Herr Koch geht auf eine e-Mail von Herrn Dippe ein, worin dieser die Weitergabe und Vertraulichkeit von Informationen kritisiert. Der Vorsitzende gibt ihm Recht und meint, es gibt z.B. Probleme, wenn der Prüfbericht vom Schwapp im Briefkasten einer Zeitung landet. Es gibt auch Probleme, wenn eine Person, derweil sie die Sitzung verlassen muss, hinterher daraus zitiert.

Er appelliert an die Stadtverordneten, wieder mehr Achtsamkeit zu zeigen.

Der Vorsitzende führt weiterhin aus, dass er keinen Stadtverordneten zensieren wird. Er setzt als Mitglied der CDU auf Selbstverantwortung und die Mündigkeit. Im konkreten Fall bezieht sich Herr Koch auf einen Tagesordnungspunkt, der jeweils öffentlich behandelt wurde. Somit sollte auch die dazugehörige Drucksache öffentlich behandelt werden. Künftig wird er sich bemühen, die Fehlerquelle gering zu halten. Gleichzeitig appelliert er an die Fraktionen, ihre Anträge mit entsprechenden Hinweisen einzureichen. Im Sinne der Transparenz des Handelns der SVV sollte weitestgehend öffentlich debattiert werden. Außerdem gibt er den Hinweis, dass es derzeit aufgrund unbesetzter Personalstellen nicht möglich ist, sich rechtlich zu beraten.

Herr Koch wendet sich nunmehr an Herrn Fachtan, da in einem Wochenblatt von ihm Unterstellungen, Lügen und Behauptungen aufgestellt wurden u.a. gegen eine Person, die sich heute hier nicht selbst äußern kann. Es wurde, so Herr Koch weiter, behauptet, dass der Erste Beigeordnete gegen den Bürgermeister arbeitet. Herr Koch schätzt Herrn Wichary als sehr kompetenten und sachlichen Mitarbeiter, der dem Wohle der Stadt dient. Er arbeitet nicht gegen den Bürgermeister.

Herr Koch geht auch auf den mit viel Herzblut betriebenen Wahlkampf von Karin Lehmann zur Bürgermeisterwahl ein. In der Zeitung stand fälschlicherweise, die CDU hätte Herrn Hengst unterstützt.

Nunmehr hat die Stadtverordnete Elke Wagner das Wort für ihre persönliche Erklärung.

Sie berichtet, dass sie im Stadtentwicklungsausschuss als Zuschauerin anwesend war. Sie hatte sich die Debatte um die Lindenstraße angehört. Der Bürgermeister war u.a. auf die im Land Brandenburg nach seiner Auffassung "Scheinbeteiligungen" der Einwohnerschaft eingegangen. Das, so bezeichnet sie weiter, ist ein zutiefst undemokratisches Verhalten. Sie vertritt die Meinung, dass der Bürgermeister die Gesetze des Landes und die Beschlüsse der Gremien missachtet und fordert seinen Rücktritt.

Herr Fachtan beabsichtigt, auf die persönliche Erklärung von Herr Koch zu reagieren. Dem widerspricht der Vorsitzende und verweist auf die Anmeldung zur nächsten Tagesordnung.

Nunmehr wird die Feststellung der Tagesordnung aufgerufen.

Der Bürgermeister berichtet, dass es wie im Stadtentwicklungsausschuss vorgetragen und beraten, eine neue Drucksache mit neuen Beschlussvorschlägen zur Lindenstraße gibt (7/DS/212/1). Weiterhin soll der Tagesordnung zur TOP zur Umbenennung der Straße (7/DS/208) zunächst von der Verwaltung zurückgezogen werden. Eine erneute Terminkette wird vorgeschlagen. Der Dezernent für Stadtentwicklung wird zum TOP eine entsprechende Information geben. Zum TOP 8.6 Haushaltssat-

zung 2021 informiert der Bürgermeister, dass er den TOP mit Informationen füllen wird, da die Kämmerin zur heutigen Sitzung verhindert ist.

Als letztes ruft der Bürgermeister das Thema Wassersportzentrum auf und beantragt eine dringliche Aufnahme der Drucksache 7/DS/258 – Sanierung und Erweiterung des Wassersportzentrums in der Altstadt auf die Tagesordnung. Hintergrund ist das beim Fördermittelgeber eingereichte Projekt, das nunmehr mit einer geringeren Förderquote ausgestaltet werden muss (ursprünglich 90 % in Aussicht gestellt). Dringlich ist es, weil der Zuwendungsbescheid noch im Oktober 2020 erlassen werden soll. Wenn entschieden wird, das Projekt weiterzuführen, müssen mehr Eigenmittel in den Haushalt eingestellt werden.

Zur Eilbedürftigkeit gibt es aus den Reihen der Stadtverordneten keine Einreden. Die Angelegenheit wird auf TOP 8.11 gesetzt.

Herr Wende spricht für den Antrag 7/AN/247, der als TOP 8.1.1 geführt wird. Er bittet die Eilbedürftigkeit festzustellen und ihn in der heutigen Sitzung zu beschließen. Die Unterlagen lagen rechtzeitig vor. Es geht darum, die Umsetzung der gefassten Beschlüsse solange zu verschieben, bis es in der Sache eine Entscheidung der Kommunalaufsicht gibt. Das hätte auch Auswirkungen auf die heute auf der TO stehende Benennung des Werksausschusses.

Herr Biagini stellt den GeschO-Antrag zur Haftung und Ahndung von Pflichtverletzungen gegen den Vorsitzenden Herrn Koch, gegen den Fraktionsvorsitzenden Herrn Wende und gegen die Fraktion DIE LINKE., da u.a. aus nichtöffentlichen Sachverhalten zitiert wird.

Herr Fachtan ergänzt, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. in die nichtöffentliche Sitzung gehört. Er beantragt eine entsprechende Änderung der Tagesordnung und die Verlegung des TOP's.

Herr Wende gibt den Hinweis, dass dann vor der Benennung des Werksausschusses die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss, um diesen TOP abzustimmen.

Der Bürgermeister regt die Benennung des Werksausschusses an. Allerdings wird damit noch nicht festgelegt, wann er das erste Mal tagt, sich konstituiert und seine Tätigkeit aufnimmt. Sollte die Kommunalaufsicht die Bedenken teilen, wäre Satzung und Werksausschuss obsolet. Folgt die Kommunalaufsicht dem Beschluss, wäre wenigstens ein Werksausschuss vorhanden. Insofern ist weder Eilbedürftigkeit noch Notwendigkeit einer heutigen Befassung ersichtlich.

Herr Wende betont, dass an die Kommunalaufsicht genaue Verfahrensfragen zur Besetzung des Werksausschusses, zu den sachkundigen EinwohnerInnen etc. gestellt wurden. Ein strittiges Verfahren kann heute nicht realisiert werden.

Der Vorsitzende lässt jetzt zunächst die Eilbedürftigkeit abstimmen. Mit 16 Ja und 13 Nein-Stimmen wird der Eilbedürftigkeit zugestimmt.

Im Anschluss lässt er den Antrag der AfD-Fraktion und die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Frau Krüger fragt nach dem Zustandekommen des TOP's 16 in der nichtöffentlichen Sitzung. Der Vorsitzende hat diesen TOP benannt, da er in der nichtöffentlichen Sitzung entsprechende Informationen dazu geben möchte. Herr Hamacher moniert diese Verfahrensweise ganz entschieden. Er beantragt deshalb die Streichung dieses TOP's.

Herr Biagini beantragt eine kurze Beratungspause.

Nach der Pause wird über den TOP 16 abgestimmt. Mit 12 Dafür- und 16 Nein-Stimmen wird für die Streichung des TOP's gestimmt. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Frau Krüger meldet sich zu Worte und widerspricht ihrem Fraktionskollegen Christian Dippe. In der Fraktion der BFZ wird es unterschiedlich bewertet, wie mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE umzugehen ist. Eine BFZ-Mitglieder spricht sich für Transparenz und öffentliche Debatte aus.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob der Antrag in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung zu entscheiden ist.

Für die öffentliche Behandlung sprechen sich 21 Stadtverordnete aus, 3 sind dagegen und 5 enthalten sich.

Die so geänderte Tagesordnung wird nun zur Abstimmung gestellt.

Zustimmung mit Änderung Ja 21 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift vom 03.09.2020

Zur öffentlichen Niederschrift vom 03.09.2020 gibt es keine Einreden.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende dankt allen Stadtverordneten und TeilnehmerInnen, die bei der Enthüllung der Roten Tafel auf dem Ottomar-Geschke-Platz anwesend waren.

Außerdem informiert er, dass der Brief der beiden Pfarrerinnen (Mobbingbeauftragung) an die MitarbeiterInnen der Kernverwaltung geschickt worden ist.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister ehrt das Wirken von Ralf Ullrich, der am 21.9.2020 verstorben ist. Er wird der Stadt Fürstenwalde mit seinem unermüdlichen Einsatz und Tatendrang, mit seinen Ideen und seiner Überzeugungskraft fehlen. Er war Geschäftsführer und Gründer des CTA-Kulturvereins, er war verantwortlich für die Kermikwerkstatt, er hat das Kulturnetzwerk Seenland Oder-Spree gegründet und noch vieles vieles mehr.

Die Stadtverordneten würdigen Herr Ullrich mit einer Schweigeminute.

Der Bürgermeister geht auf die aktuellen Zahlen der Corona-Pandemie ein und sensibilisiert Alle, das Infektionsgeschehen im Blick zu behalten und einen sorgsamem Umgang miteinander zu pflegen und die AHA-Regeln zu beachten.

Der Bürgermeister wendet sich anschließend an die Stadtverordneten mit den folgenden Worten: "Sie, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, haben mich offenbar verurteilt. Sie haben mich verurteilt aufgrund von Vorwürfen, die ich entweder gar nicht kenne oder von denen ich lediglich aus der Zeitung erfahren habe. Sie haben mich verurteilt, ohne mich zu befragen oder mir Gelegenheit zu geben, mich zu erklären. Und das zu sehr schwerwiegenden Vorwürfen. So konnte ich der Presse und auch einem veröffentlichten Schreiben der Fraktion DIE LINKE entnehmen, dass schwerwiegende Vorwürfe im Raume stehen". Er wendet sich an den Vorsitzenden und die Stellvertreterin und kritisiert, dass mit ihm nicht gesprochen oder Gelegenheit zur Klärung gegeben wurde. Er gibt zu, dass es auch innerhalb der Verwaltung Reibereien und Missverständnisse gab, was er außerordentlich bedauert. Herr Rudolph vertritt die Auffassung, dass die Einwohnerschaft einen Anspruch auf eine moderne Stadt, mit einer bürgernahen und dienstleistungsorientierten Verwaltung haben. Daran will er weiterhin arbeiten. Er bittet um eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung und darum, wieder zu einer sachlichen Politik im Sinne der Stadt zurückzukommen. Außerdem erklärt er, sachliche Kritik aufzunehmen und verändern und überdenken zu wollen. Insofern signalisiert er ein Gesprächsangebot zu jeder Zeit, um zur Aufklärung beitragen zu können.

Der Bürgermeister informiert im Anschluss an seine Ausführungen über die am heutigen Tag in Kraft getretene Organisationsstruktur der Verwaltung. Er hebt hervor, dass die derzeit wirkenden Mitglieder in der AG Duktus innerhalb kurzer Zeit ermöglicht haben, was im August 2020 noch unmöglich schien.

Anhand einer Powerpoint wird die Struktur vorgestellt, die auf der Internetseite der Stadt (Bürger sein) zur Verfügung steht.

Abschließend informiert der Bürgermeister darüber, dass er bittet, dass sich alle Stadtverordnete vor einem Besuch im Rathaus/bei MitarbeiterInnen zuvor im Sekretariat einen Termin unter Angabe des Besuchsgrundes und bei wem abholen. Ausgenommen ist der Sitzungsdienst. Er begründet diese Maßnahme damit, dass in der Vergangenheit häufig nichtöffentliche Sachverhalte, interne Verwaltungsangelegenheit etc. bevor sie beschlussreif waren, bekannt geworden sind. Das provoziert scheinbare Unsicherheiten und Widersprüche, vor allem auf Seiten der Stadtverordneten. Er schlägt vor, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SVV für die Zukunft eine transparente Lösung zu finden. Im Übrigen sind auch Anfragen von Stadtverordneten an Verwaltungsmitarbeitende bis auf Weiteres nur an ihn zu richten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Sighard Sternitzke (mit der Aufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) geht noch einmal auf die Fragestellung der letzten Stadtverordnetenversammlung ein. Er richtet sich an Stephan Wende und fragt ihn, inwieweit er für sein Handeln (FW hatte berichtet) Verantwortung übernimmt.

Herr Wende betont, dass er der Verwendung einer Datenbank eines Vereins für das Versenden eines Wählerbriefes widersprochen hat. Er betont weiterhin, dass im Wahlteam nur Kontakte und Adressen aus persönlichen Bekanntschaften zusammengetragen wurden. Es ist nicht auszuschließen, dass es dabei zu Überschneidungen mit Vereinstätigkeiten gekommen ist. Das ist offensichtlich nicht der richtige Weg gewesen, wofür er sich entschuldigt.

Im Übrigen dankt er allen Fürsprechern und Unterstützern, die ihm Durchhaltevermögen in dieser Schmutzkampagne wünschen.

Herr Dr. Helmut Pietsch (mit der Aufzeichnung und der Wiedergabe einverstanden), wohnhaft Am Waldemarplatz 1. Er richtet sich an die SV, da heute die Umbenennung dieser Straße auf der Tagesordnung stand. Ihn interessiert, warum der TOP verschoben wurde und wie es weitergeht.

Darüber hinaus wirbt er für das Verbleiben des Straßennamens, da bereits seit Jahrzehnten zwei ähnliche Straßennamen in Fürstenwalde-Süd existieren, Waldemarplatz und Am Waldemarplatz. Bis 2016 kam es zu keiner Verwechslung. 2016 wurde ein viertes Haus in der Straße Am Waldemarplatz errichtet. Dessen Bewohner beklagten sich über nicht erhaltene Postsendungen. Ein Bewohner forderte deshalb die Umbenennung der Straße und die Stadt hat darauf verständlicherweise reagiert. Dr. Pietsch hält aber eine Umbenennung für die falsche Lösung, weil ein neuer Name über mehrere Jahre neue Unruhe für die Bewohner mit sich bringen würde.

Er spricht von einer fehlenden Georeferenzierung insbesondere für das Haus Am Waldemarplatz 4. Die Aktualisierung von Navis, updates und Googlemaps dauert erfahrungsgemäß 3 bis 4 Jahre und eine Umbenennung oder Neunummerierung der Hausnummern hätte dann den gleichen Effekt.

Herr Dr. Pietsch spricht auch an, dass in der umfangreichen Argumentation durch die Verwaltung allerdings die Stellungnahmen von Feuerwehr und Rettungsdiensten liegt noch nicht vor, obwohl die Abwendung möglicher Gefahren das Hauptargument für die Umbenennung ist.

Er bittet um eine Ortsbesichtigung, um eine einvernehmliche Lösung zu finden, denn kein einziger Anwohner in der Straße möchte eine Umbenennung. Er bittet die Stadtverordneten abschließend, diesen Wunsch der Anwohner zu respektieren und die Umbenennung abzulehnen.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Benennung von Anträgen für nachfolgende Sitzungen

TOP 8.1.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Beratung und Beschlussfassung zur 7/AN/247 Satzung der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb

Die Fraktion DIE LINKE. vertritt die Auffassung, dass die Beschlüsse in diesem Zusammenhang (DS 7/086/2) nicht rechtmäßig zustande gekommen sind. Deshalb moniert Herr Wende, dass z.B. mit der Veröffentlichung im Amtsblatt bereits Tatsachen geschaffen wurden. Er bittet, den Bürgermeister zu beauftragen, mit der Umsetzung solange zu warten, bis eine Auffassung der Kommunalaufsicht vorliegt.

Herr Dippe versteht grundsätzlich nicht, warum allein die Beschwerde einer Fraktion gegen einen hier rechtmäßig gefassten Beschluss zur Unwirksamkeit führen soll. Er ruft den gesamten Vorgang seit 12.12.2019 noch einmal in Erinnerung in deren Ergebnis letztlich Herr Fröbrich zum Werkleiter bestellt wurde. Alles was danach folgte und auch die Auffassung der Fraktion DIE LINKE. hält er für fragwürdig.

Der Bürgermeister widerspricht dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. in einigen Punkten und hofft, dass seine Auffassung durch die der Kommunalaufsicht gestützt wird. Seinerzeit hatte diese nicht die Satzung beanstandet, sondern lediglich die Heilung eines Formfehlers beauftragt.

In der anschließenden Diskussion tauschen die Fraktionen ihre Ansichten aus, heute einen Werksausschuss zu bilden oder nicht.

Peter Apitz beantragt schließlich, die heutige Abstimmung zum Werksausschuss von der Tagesordnung zu nehmen.

Nach einer Beratungspause wird mit 16 Ja- und 13 Gegenstimmen beschlossen, auf die heutige Befassung zu verzichten.

TOP 8.1.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Darstellung von Änderungen an Druck- 7/AN/248 sachen

Verweisung in den Hauptausschuss

TOP 8.1.3 Abberufung sachkundiger Einwohner in den Fachausschüssen durch die Fraktion DIE LINKE.

Durch die SVV werden abberufen:
Jonah Eggert und Frithjof Bastian

TOP 8.1.4 Berufung sachkundiger Einwohner für die Fachausschüsse durch die Fraktion DIE LINKE.

Durch die SVV werden berufen:
Ulf Kühnel in den Stadtentwicklungsausschuss
Klaus Runge in den Kultur- und Sozialausschuss

Roland Schulze in den Kultur- und Sozialausschuss
Chris Halecker in den Ausschuss für Finanzen, Haushaltsüberw.
Sascha-Lorenz Brandt in den Kultur- und Sozialausschuss
Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 Antrag des Ortsbeirates Trebus: Aktualisierung der bestehenden Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Trebus vom 16.05.2002 betreffend den Bereich Hangelsberger Weg, Parkring und Parkstraße 7/AN/200

**Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss
Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0**

TOP 8.3 Antrag des Ortsbeirates Trebus: Grundstück Fürstenwalder Straße 12 im OT Trebus 7/AN/201

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer des Grundstücks Fürstenwalder Straße 12 im Ortsteil Trebus (ehemalige Verwaltung und Fleischerei Agrargenossenschaft) in Kontakt zu treten, um die Planungsziele für dieses Grundstück zu erfahren.
2. Der Ortsbeirat wird über die Gespräche informiert.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Antrag des Ortsbeirates Trebus: Prüfung Ausweisung von Bauflächen im OT Trebus 7/AN/202

Dieser Antrag ist zunächst als Prüfauftrag zu verstehen. Sofern das Prüfergebnis vorliegt, soll sich die SVV noch einmal damit befassen.

Zustimmung mit Änderung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Benennung der Mitglieder für den Werksausschuss für die Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - kommunaler Eigenbetrieb

entfällt

TOP 8.6 Haushaltssatzung 2021 7/DS/242

Der Bürgermeister gibt einige erläuternde Informationen. Ursprünglich sollte der Haushalt am heutigen Tag eingebracht werden. Das erfolgt nunmehr am 12.11.2020, um danach in den Ausschusssrunden zu diskutieren und die Haushaltssatzung am 10.12.2020 zu beschließen. Die vorliegenden Eckdaten des Haushalts, so informiert er weiter, bieten kaum Spielräume für große inhaltliche Diskussionen oder über die Prioritätenlisten. Die Fraktionen verständigen sich auf eine Haushaltsklausur am 28.11.2020. Darüber hinaus finden Fraktionsrunden und Gespräche mit den OB und der Kämmerin statt.

TOP 8.7 Erhöhung Cash-Management-Linie für die Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - kommunaler Eigenbetrieb 7/DS/235

Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt, die Kreditlinie des Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb im Cash Management mit sofortiger Wirkung befristet bis zum 31.12.2021 auf 1.100.000 EUR zu erhöhen.

Zustimmung Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Ausschreibung der Erdgaslieferung

7/DS/237

Vor der Beschlussfassung möchte Herr Sachse unbedingt sichergestellt haben, dass kein Frackinggas zum Einsatz kommt. Herr Tschepe berichtet, dass das für die künftigen Ausschreibungen berücksichtigt wird. Er geht auf die Verbrauchsstellen (G.-Goßmann-Grundschule, 5 Kitas und Vereinsheime, Pneumant-Halle, Schwapp, OSZ-Wohnheim, Feuerwache Nord und das Verwaltungsgebäude Kommunalservice) ein. Der Dienstleister kostet 2.200 €.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass im Ergebnis der Ausschreibung der Erdgaslieferung für die Jahre 2021 und 2022 mit zwei Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr dem preisgünstigsten Bieter der Zuschlag innerhalb von 48 Stunden erteilt und der Hauptausschuss über das Ergebnis informiert wird.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.9 Grundsätze zur weiteren Entwicklung von Jagdschloss-Ensemble und Aufbauschule

7/DS/246

Herr Tschepe geht kurz auf einige Aspekte ein, die in einer Sondersitzung zum Thema des Stadtentwicklungsausschusses sehr ausführlich thematisiert worden sind (weitere Betrachtung der Entwicklungsgebiete auch unabhängig von einander, Priorität Umbau und Sanierung des Jagdschlusses - Garantie, dass es einen Nutzer gibt etc)

Im Anschluss wird über die einzelnen 5 Beschlussvorschläge diskutiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen formuliert den Antrag – Der Bürgermeister wird beauftragt, weitere Gespräche mit den drei Projektbewerbern (aus der Sondersitzung des StEA vom 24.8.2020) zu führen. Ziel soll sein, die Projektvorhaben auf Tragfähigkeit insbesondere bei gemeinsamer Nutzung des Areals Aufbauschule plus Areal Jagdschloss zu überprüfen. Die Ergebnisse dann im StEA am 17.11.2020 sowie im Hauptausschuss am 25.11.2020 vorzustellen.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

1. Die weiteren Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung und Vermarktung von Jagdschloss-Ensemble und Aufbauschule können unabhängig von einander erfolgen.
Zustimmung: 28 Ja 0 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen
2. soll zunächst in den Fraktionen beraten bzw. die Gespräche mit den Projektbewerbern abgewartet werden.

Herr Wende beantragt, im kommenden StEA alle Fragen vorzuklären und eine Entscheidungsgrundlage neu vorzulegen bzw. einen Verfahrensvorschlag zu erarbeiten.

Zustimmung: 24 Ja 3 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

3. zieht die Verwaltung zurück

Es wird eine AG Jagdschloss unter Beteiligung aller Fraktionen gebildet und regelmäßig zusammentreten.

Zustimmung: 30 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

4. Das Gebäude der Aufbauschule soll vor allem für Bildungsangebote genutzt werden, um den Bildungsstandort Fürstenwalde weiter auszubauen und die Eingriffe in das denkmalgeschützte Gebäude zu minimieren.

Zustimmung: 27 J 1 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

5. Der Bürgermeister wird beauftragt, für das Umfeld der Aufbauschule die für eine städtebauliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Aufbauschule verfügbaren Flächen und die Rahmenbedingungen für deren Entwicklung erarbeiten zu lassen.

Zustimmung: 29 Ja 1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Zustimmung mit Änderung

TOP 8.10 Umbenennung einer Straße in Fürstenwalde-Süd

7/DS/208

Herr Tschepe informiert, dass weitere Beteiligte (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Landkreis) angeschrieben wurden. Noch liegen nicht alle Stellungnahmen vor. Der Landkreis empfiehlt, dass auch die Kommunalaufsicht beteiligt wird. Das muss nun noch nachgeholt werden. Offen ist auch noch die Frage, ob bei einem Handlungserfordernis (Sicherheit und Ordnung) die SVV die Umbenennung ablehnen darf. Ein weiterer Aspekt ist, die Frage der Haftung falls ein Schaden entsteht. So wird es durchaus möglich, das endgültig das "Wie" aber nicht über das "Ob" einer Umbenennung zu entscheiden sein wird.

Herr Fachtan geht noch einmal auf den Anwohnerwillen ein, die die Umbenennung als verzichtbar bezeichnen und ablehnen.

Herr Wende verweist auf die weitere notwendige Diskussion im Fachausschuss und bittet, die Debatte jetzt zu beenden. Er betont noch, dass seine Fraktion einen Namensvorschlag für die Straße unterbreitet hatte. Aber das gehört alles in die fachliche Diskussion im Ausschuss.

TOP 8.11 Sanierung und Erweiterung des Wassersportzentrums in der Altstadt Fürstenwalde

7/DS/258

Für diese DS liegen drei Beschlussvorschläge vor, da aus dem Bundesprogramm Sanierung komm. Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur nur 45 % gefördert werden.

Die Entscheidung stellt sich als schwierig dar, zumal unklar ist, ob das Projekt künftig aus Mitteln des ehem. Stadtumbaus gefördert wird oder andere Möglichkeiten aquiriert werden können. Eine klassische Sportförderung ist aus Stadtumbau nicht gegeben.

In der Diskussion wird deutlich, dass das Wassersportzentrum endlich begonnen werden sollte, auch wenn die Mittel deutlich weniger ausfallen. Herr Wende erwartet von der Verwaltung eine Aussage, wie die Eigenmittel gestemmt werden können, da dringender Handlungsbedarf besteht. Herr Dippe betont, dass die Mittel nicht zur Verfügung stehen und ein dringender Bedarf an den Schulen und Kitas (Sanitär-sanierung) bestünde. Frau Lehmann appelliert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Projekt Wassersportzentrum endlich anzufangen.

Herr Dippe beantragt eine namentliche Abstimmung. Herr Ksinek beantragt nach ausführlicher Diskussion um Für und Wider einen Abbruch der Debatte.

Mit 5 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung zum BV 1	Ja	Nein	Enthaltung
Altmann, Christian		x	
Apitz, Peter		x	
Apitz, Thomas		x	

Aulich, Lars		X
Bargenda, Jutta	X	
Behrmann, Cornelia		X
Dr. Berger	X	
Biagini, Enrico		X
Dippe, Christian		X
Fachtan, Axel		X
Fiedler, Monika	X	
Gebauer, Jürgen		X
Geike, Gernot	X	
Hamacher, Kai		X
Hooge, R.-Peter		X
Koch, Uwe	X	
Krüger, Christina		X
Krüger, Nancy		X
Ksink, Rainer	X	
Jatzek, Iris		X
Lehmann, Karin	X	
Mattigk, P.-Martin	X	
Meyer, Juliane	X	
Petenati, Wolfgang	X	
Rausch, Sebastian	X	
Sachse, Gerold	X	
Saliter, Bernd		X
Schumann, Petra	X	
Teichmann, Jürgen	X	
Wagner, Elke	X	
Wende, Stefan	X	
Rudolph, Matthias		X

Mit 1 Enthaltung, 16 Ja und 15 NeinStimmen wird der Beschluss angenommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree beschließt, die Sanierung und Erweiterung des Wassersportzentrums mit der Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ durchzuführen und die dafür erforderlichen Eigenanteile in Höhe von 733.340 € bereitzustellen.

Zustimmung Ja 16 Nein 15 Enthaltung 1

Angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit wird beschlossen, die Sitzung am Montag, um 20.00 Uhr fortzuführen. Dem stimmt bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung die Mehrheit zu.

Fortsetzung der SVV am Montag, dem 05.10.2020 um 20.00 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur Fortsetzung der SVV.

Herr Wende geht in seinen Ausführungen noch einmal auf die ursprünglich vorgelegte DS ein, die im StEA in regulärer Sitzung engagiert und ausführlich diskutiert worden ist. Der Ausschuss hatte in dieser Sitzung beschlossen, die DS 7/212 nicht zu empfehlen. Der Hauptausschuss hat dann eine andere Entscheidung getroffen. Herr Wende bezeichnet diese Vorgehensweise als sehr schwierig, wenn der Fachausschuss in mehreren Sitzungen sehr verantwortungsvoll diskutiert und eine Empfehlung getroffen hat. Er geht noch einmal auf die Ausführungen des Bürgermeisters im Hauptausschuss ein. Dabei wurde auf eine Planungszeichnung von Herrn Schimmang verwiesen, die dem StEA noch nicht als Entscheidungsgrundlage vorlag. Herr Wende skizziert eine nochmalige Befassung des StEAs und die Fraktionsvorsitzendenrunde zu diesem Thema, für die Mehrzahl der Ausschussmitglieder fasst Herr Wende zusammen, dass diese die DS vom Bürgermeister ablehnen. Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, die bisherige, ursprünglich Planung wieder aufzugreifen und auch die DS 7/212/1 ebenso abzulehnen und die bisherige Planung fortzuführen. Er möchte das so verstanden wissen, dass bisherige Planung heißt, dass die zwei vorgenommenen Änderungen nach der beschlossenen Ausführungsplanung mitgetragen werden.

Herr Fischer lässt den Werdegang beginnend mit der Anwohnerbeteiligung Revue passieren und moniert, dass nirgends die Einwendungen von Herrn Schimmang aktenkundig sind.

Frau Meyer meint, es sei fraglich, ob der Anwohner einen Antrag gestellt hat, wonach Variante 2 des vorliegenden Beschlussvorschlages rechtfertigt. Der StEA hat festgestellt, dass das nicht der Fall ist. Deshalb ist die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage der Bürgermeister einen Baustopp vor dem in Rede stehenden Grundstück verfügt hat. Sie erinnert, dass im Februar 2019 mit den Fällarbeiten begonnen wurde, die vom Eigentümer unterbrochen wurden. Danach hatte die beauftragte Firma keine Kapazitäten mehr. Jedoch hätte im Herbst 2019 wieder gefällt werden können, da kam dann die Anweisung des Bürgermeisters, vor diesem Grundstück nicht mehr zu bauen. Durch diese Bauverzögerung ist ein Schaden allein von 20 T€ entstanden.

Frau Meyer kritisiert den "im Kleinen" schwelenden Konflikt. Das eine ist nämlich der sehr ordentlich arbeitende Fachbereich, der gute Planskizzen vorlegt, der gute Zuarbeiten leistet und zum anderen gibt es einen Bürgermeister, der das ganz anders sieht, den Baustopp verfügt und eine ganz anders geartete DS vorgelegt hat (Beschlussvorschlag 2 kostet 73 T€). Mit der Variante 1 soll nachträglich eine Bushaltestelle legitimiert werden, die bereits verlegt wurde. Eine marginale Änderung, die nicht beschlossen werden muss. Variante 2 ist nicht abstimmungsreif, weil es sich um einen Entwurf/Planskizze (nicht fachlich geprüft) handelt. Sie erhofft sich vom Bürgermeister Auskunft darüber, auf welcher Grundlage er hier gehandelt hat.

Der Bürgermeister führt aus, dass er mehrfach über die Erwägungen informiert hatte. Um die Angelegenheit ordentlich und umfassend zu prüfen und die bestehenden Risiken abzuwägen, wurde nicht gebaut.

In der kontroversen Debatte wird herausgearbeitet, dass über die marginalen Änderungen nicht mehr diskutiert wird. Vielmehr geht es hier um die 7/212/1 – wenn diese nicht beschlossen wird, wird die bisherige Planung (mit den zwei Veränderungen) realisiert. Damit muss die Bushaltestelle nicht zurückgebaut werden.

Peter Apitz fasst die bisherige Entwicklung des Abschnitts der Lindenstraße zusammen. Jetzt soll die Ausführungsplanung von Febr. 2020 auf die Bahn gebracht werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann den hier vorgelegten alternativen Konzept des Grundstückseigentümers nicht folgen, weil man ihm bereits im Vorfeld der Planung entgegen gekommen ist. Ziel ist es die Maßnahme bis 31.12.2020 zu beenden.

Auch Frau Meyer meint, man sei dem Eigentümer mit der Verlagerung der Bushaltestelle entgegen gekommen (damit frei für seine Ausfahrt).

Herr Geike äußert sich kritisch zu den Alleingängen des Bürgermeisters an der Verwaltung vorbei, die zu Mehrkosten führen. Außerdem vertritt er die Auffassung, dass dem Eigentümer in der Linden-

straße ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, sich zu äußern, er hat auf Gesprächsangebote nicht reagiert.

Herr Fischer, für seine Zwischenrufe vom Vorsitzenden verwarnt, äußert sich abschließend zu den nach seiner Auffassung im Raume stehenden Falschaussagen. Frau Meyer bittet um eine faire Debatte und deshalb wird Herrn Fischer noch einmal das Wort erteilt.

Er zitiert aus einem Brief des Bürgers vom 21.2.2018 – demnach hatte er bereits in der öffentlichen Bürgerversammlung am 20.9.2018 Problemstellungen angesprochen. Er unterbreitet abschließend zum Pkt 2 folgenden Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Ausführungsplanung im Bereich des Flurstücks 120 anhand der tatsächlich örtlichen Gegebenheiten zu prüfen und ggf. Regelrecht anzupassen. Dabei ist auf einen bestmöglichen Kompromiss in Bezug auf Kosten, Ausführungszeit, Genehmigungsfähigkeit und Zielsetzung gemäß Protokoll vom 9.7.2020 zu achten. Die Baumaßnahme muss bis zum 31.12.2020 fertiggestellt werden/abgerechnet werden. Im Zweifel stellt die geänderte Ausführungsplanung gemäß Anlage 6 die Sicherstellung der Fertigstellung und Kosten und Zielrahmen dar

Abstimmung zur DS 7/121/1 Änderungsantrag von Herrn Fischer:

Zustimmung: 12 Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Nunmehr wird über den Beschlussvorschlag 2 abgestimmt.

Zustimmung: 7 Ja 21 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Jetzt wird über Beschlussvorschlag 1 befunden:

Zustimmung: 13 Ja 14 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

Ablehnung

TOP 8.13 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Spree-Campus Fürstenwalde Süd) hier: Einleitungsbeschluss

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 Bebauungsplan Nr. 118 "Spree-Campus Fürstenwalde Süd" hier: 7/DS/222 Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Es gibt keine weiteren Bemerkungen.

Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 118 "Spree-Campus Fürstenwalde Süd" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für das Gebiet: Flur 21, Flurstücke 137 tw., 142 tw., 143, 144 tw., 145 tw., 183 tw., Flur 22, Flurstücke-498, 499, 501, 502 tw., 565, Flur 158-Flurstücke 180 tw., 378 tw., 381 tw., 382, 385, Flur 164, Flurstück-60 tw., Gemarkung Fürstenwalde/Spree, wird beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 8.15 Neubau der Straßenbeleuchtung in der Küstriner Straße zwischen der 7/DS/220 Julian-Marchlewski-Straße und der Richard-Strauss-Straße, Beschluss zur Ausführung und zur Abschnittsbildung

Herr Tschepe berichtet, dass es seitens der Anwohner keine negativen Reaktionen bislang gibt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des Neubaus der Straßenbeleuchtung in der Küstriner Straße zwischen der Julian-Marchlewski-Straße und der Richard-Strauss-Straße
2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bildung des Straßenabschnitts von Julian-Marchlewski-Straße zur Richard-Strauss-Straße zu.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 8.16 Einfacher Bebauungsplan Nr. III "Anbau Jagdschloss"

7/DS/223

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Einfachen Bebauungsplanes Nr. III „Anbau Jagdschloss“ für das Gebiet der Flurstücks 66/3 der Flur 131; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll als Einfacher Bebauungsplan und als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert zum Stichwort Afrikanische Schwernepest, dass es beim Landkreis einen entsprechenden Krisenstab gibt. Bislang ist die Stadt Fürstenwalde/Spree/Stadtforst nicht betroffen. Eine Seuchenschutzmatte wurde vorbeugend bei FGL montiert.

Herr Tschepe berichtet über das Wohngebiet Altstädter Ring/Neubauten. Am 3.9. wurde informiert, dass das Obergericht die Beschwerde nicht zugelassen hatte. Nunmehr kann präzisiert werden, dass es sich um Eilanträge zum sofortigen Baustopp handelte. Das Verfahren ist nun abgeschlossen. Aber die beiden Klagen gegen die Baugenehmigung und der Normenkontrollantrag gegen den BPlan sind noch nicht abgeschlossen.

Des Weiteren informiert Herr Tschepe über den Zockerholzplatz auf dem Gelände der S.-Jähn-Grundschule. Es hat sich herausgestellt, dass der favorisierte Standort in der Umsetzung schwierig ist und deshalb hat sich alles etwas länger hingezogen. Die Finanzierung sollte aus der Integrationspauschale erfolgen. Die Verwaltung ist dran, Alternative bzw. die Machbarkeit an diesem Standort auf dem Schulhof zu prüfen.

Zuletzt informiert er über das Thema Tempo 30 in der F.-Engels-Straße/Tempo 30-Zone R.-Havemann/Mittelstr/O-Nuschke/F-Engels-Str. Das ist nach umfänglichen Abstimmungsgesprächen schriftlich genehmigt worden.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Herr Teichmann bittet um Sachstandsinformationen zum ehem. AWO-Gebäude und zur Eisenbahnstraße 118.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Verwaltung weiterhin bzw. erneut mit der AWO im Gespräch ist, da diese in einem gemeinsamen Telefonat auf andere Optionen Interesse signalisierte.

Herr Tschepe berichtet zur Eisenbahnstr. 118 im vorderen Bereich der intakten Gebäude, dass noch ein Rechtsstreit anhängig ist zwischen dem Eigentümer und einem einzigen Mieter. Im Seitenbereich und im rückwärtigen Bereich erfolgte eine aufwendige Untersuchung. Diese sind nun abgeschlossen, so dass die Abbrucharbeiten für diese Bereiche ausgeschrieben werden können.

Frau Fiedler gibt den Hinweis, dass an Schulen rs2-Werbung angebracht ist.

Ihre zweite Fragen richtet sie für den Ortsbeirat Trebus an den Bürgermeister – zur Urnenbestattung auf dem Trebuser Friedhof.

Die nächste Frage bezieht sich auf die geführten Klageverfahren der Stadt/gegen die Stadt. Sie bittet um Aufstellung der damit verbundenen Kosten.

Des Weiteren bittet sie um eine aktuelle Aufstellung der offenen Personalstellen.

Frau Fiedler fragt weiterhin nach evtl. Fördertöpfen für das Schwapp.

Der Bürgermeister berichtet, dass es keine Fördertöpfe für das Schwapp gibt. Aber es wird einen Termin mit dem Landkreis geben wird, um über die finanzielle Beteiligung des Kreises.

Des Weiteren bittet der Bürgermeister, von SV und Ortsbeiräten über das Sekretariat Besuchstermine zu vereinbaren.

Herr Tschepe geht auf weitere Bestattungsformen in Trebus ein und informiert, dass dazu die Friedhofs/Friedhofsgebührensatzung/Kostenkalkulation angepasst werden muss.

Herr Fischer gibt den Hinweis, dass in der Kirchhofstraße/ab Gartenstraße wieder auf Tempo 50 kmh erhöht wird. Er bittet zu prüfen, diesen Bereich bis Frankfurter Straße bzw. Geschw.-Scholl-Straße auf 30 kmh zu begrenzen.

Im Bereich der Gärtner/A.-Bebel-Straße wird ein neues Gebäude errichtet. Er fragt, ob durch schweres Gerät evtl. Schäden auftreten und wer dafür aufkommt. Er möchte wissen, ob es eine Vorher-Nachher-Dokumentation gibt. Gleiches gilt für den Zustand der Grünanlage südl. Spreebrücke, Gehwege etc.

Herr Tschepe nimmt die Anfragen/Hinweise mit.

Herr Wende fragt nach der personellen Veränderung in der AG Duktus und der Leitung des Dezernats Z sowie die Gründe für die neue Zuordnung der Rechtsstelle zum Bürgermeisterbereich.

Der Bürgermeister wird die Fragen im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Derzeit wird an der Stellenbeschreibung/Überarbeitung für die Leitung des Dez. Z gearbeitet. Die Ausschreibung/Besetzung erfolgt in Abstimmung mit der SVV.

Die Rechtsstelle ist dem Bürgermeister auch auf Kritik und Anregung der SV neu zugeordnet.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung/Fortsetzung. Die Niederschrift umfasst 15 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin